



Kosten für minderwertige Brustimplantate müssen voll übernommen werden

Im Wortlaut von Kathrin Vogler, 08. Februar 2012

Von Kathrin Vogler, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit

Alle Jahre wieder geraten Medizinprodukte in die Schlagzeilen, und fast jedes Mal sind dabei Menschen schwer zu Schaden gekommen: durch zerbröselnde Hüftgelenke oder unreine Infusionsbeutel, oder jetzt aktuell durch minderwertige Brustimplantate. Empörend finde ich dabei mehrere Aspekte:

1. Dass Menschen aus Profitsucht absolut minderwertiges Industrie-Silikon in die Implantate füllen lassen, und damit nicht nur vorsätzlich betrügen, sondern den Betroffenen gesundheitliche Schäden - möglicherweise bis hin zu Krebserkrankungen - zufügen, das finde ich unerträglich. Die nun empfohlene Entfernung des Silikons kann ein sehr komplizierter Prozess sein, wenn die Kissen schon ausgelaufen sind oder die Füllung „ausgeschwitzt“ wurde. Betroffen sind allein in Deutschland Tausende von Frauen, die die Brust-OPs aus kosmetischen

Gründen vornehmen ließen, und Frauen nach Brustkrebsbehandlung. Dieser Skandal zeigt Auswüchse des Kapitalismus, die nicht hinzunehmen sind: Gesundheit darf nicht zur Ware werden!

2. Dass die Frauen neben der Gesundheitsschädigung auch noch einen Teil der Kosten selbst tragen sollen, sofern sie den Eingriff aus kosmetischen Gründen vornehmen ließen, halte ich für ungerecht. CDU/CSU und SPD haben 2007 gemeinsam ins Gesetz geschrieben, dass Patientinnen und Patienten bei Folgeschäden von sogenannten Schönheitsoperationen an den Behandlungskosten beteiligt werden müssen. DIE LINKE hat darum als Soforthilfe für die Betroffenen beantragt, diesen Selbstverschuldungs-Paragrafen zu streichen. Auch Motorradfahrerinnen oder Fußballspieler müssen für Behandlungskosten nach Unfällen und Verletzungen keinen Cent übernehmen. Zu Recht! Für privat Krankenversicherte gilt die Selbstverschuldens-Regelung übrigens nicht, und in der Regel zahlen die privaten Versicherer sogar die Einsetzung eines neuen Implantats.
3. Dass das Begehren der LINKEN, den PIP-Skandal und schnelle Hilfen für die betroffenen Frauen im Fachausschuss des Deutschen Bundestages öffentlich zu debattieren, von keiner anderen Fraktion unterstützt wurde, enttäuscht mich sehr. Die Betroffenen haben ein Recht darauf, mitverfolgen zu können, wie sich Hersteller, Versicherungsunternehmen, Aufsichtsbehörden und Bundesregierung den schwarzen Peter gegenseitig zuschieben. Auch wer nicht verantwortlich oder zuständig zu sein meint, sollte sich der Aufklärung und der Hilfe für die Frauen nicht verweigern.
4. Ein Gesundheitsministerium, das sich weigert,

die Zulassung von Medizinprodukten oder deren Überwachung nach der Zulassung schärfer zu regulieren, nimmt sehenden Auges weitere Skandale in Kauf. Der Geruch von Blindheit und Vasallentum der Industrie gegenüber haftet dieser Bundesregierung nicht zu Unrecht an.

DIE LINKE hat Anfang Februar einen Antrag vorgelegt, damit gesetzlich Krankenversicherte nicht länger an den Kosten der Behandlung beteiligt werden, wenn sie sich eine Krankheit durch eine Schönheits-OP, Tätowierung oder Piercings zugezogen haben (Abschaffung von §52 Abs. 2 SGB V). Nach diesem ersten Schritt zur Hilfe der PIP-Skandal-Geschädigten sind weitere Gesetze auf den Weg zu bringen, um Nutzen und Sicherheit von Medizinprodukten zu erhöhen und um die Rechte der Patientinnen und Patienten zu stärken. Auch dazu hat DIE LINKE einen detaillierten Antrag dem Parlament vorgelegt.

Ganz grundsätzlich müssen wir uns auch fragen, ob ein Menschenbild, das ein bestimmtes Schönheitsideal zum Maßstab macht, zeitgemäß und human ist. Frauenkörper (und zunehmend auch Männerkörper) scheinbar zu "optimieren", damit sie bestimmten Vorstellungen entsprechen, ist ein blühender Wirtschaftszweig geworden. Die bösen Folgen tragen die Operierten dann selbst. In einem Gesundheitswesen, das immer mehr zum kapitalistischen Markt umgebaut wird, suchen ÄrztInnen und Kliniken nach neuen Geschäftsfeldern. Menschliche Körper sind aber keine Ware und dürfen auch nicht dazu gemacht werden.

www.linksfraktion.de, 8. Februar 2012

